

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa,
des Finanzamts Riesa und des Hauptstaatsamts Weiskau, sowie des Gemeinderates Gröden.

Postkontos: Dresden 1220
Groschloffe Riesa Nr. 52.

Nr. 177.

Montag, 1. August 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Postamt monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Umlagen wird nicht übernommen. Preis für die 43 am besten 3 am hohen Grundschrift-Zeile (7 Bilden) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 10%, Aufschlag, Nachweissungs- und Veranschaulichungsgebühr 20 Pf. Keine Cash. Bewilliger Rabatt erst, wenn der Betrag vorläufig, durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in bar bezahlt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Diezeitung ist Antezahlungsbefreiung. Erzähler an der Riesa. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Expedition oder der Vertriebsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Bauer & Wenzel, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 20. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Döbel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Freibank Poppitz, 1/2, 8 8 Mt.

Montag, abend 7 Uhr, Schweinefleischverkauf
Gemeindevorstand.

Anzeigen

für die abends erscheinende Ausgabe des Rieser Tageblattes
werden bis spätestens früh 10 Uhr (möglichst tags zuvor)
erbeten. Geschäftsstelle des Rieser Tageblattes, Goethestr. 20.

Ein gemeinsamer Schritt der Ententemächte in Berlin.

Eine französische Note.

„L'Avant“ meldet aus Paris: Briand hatte Freitag abend eine Besprechung mit Lord Curzon und teilte ihm den Standpunkt der französischen Regierung nach dem Empfang der englischen Note mit. Briand hat Lord Curzon am Sonnabend eine Note überreicht, in der die verschiedenen Stufen der Unterhaltungen über die obersteleische Frage nochmals zusammenfassend wiedergegeben werden und in der die Antwort auf die hauptsächlichsten Ausführungen der britischen Note erteilt wird. Dieser Rückblick auf die bisherigen Ereignisse erscheint jedoch ziemlich nebensächlich. Die Hauptsache ist die Frage, welche Politik Frankreich und Großbritannien in der obersteleischen Frage nunmehr einschlagen werden. Das eine ist doch wohl klar, daß sie beide von der Notwendigkeit überzeugt sind, die Solidarität der Verbündeten auf engste zu wahren. Deutschland erklärt, nach dem Wortlaut des Friedensvertrages könne die Entsendung von Verstärkungen nicht erforderlich sein, wenn sich die Verbände nicht vorher nicht verständigt hätten. Frankreich kann nicht zugeben, daß die Reichsregierung versucht, es auf diesem Wege von seinen Verbündeten zu isolieren. Es ist daher unbedingt geboten, Deutschland einen neuen Beweis von der Einheit der französisch-englischen Haltung zu geben. Der vernünftigste Weg würde darin bestehen, daß noch vor dem Zusammenritt des Obersten Rates ein gemeinsamer Schritt in Berlin erfolgen würde, durch den die Reichsregierung aufgefordert wird, jetzt schon Maßnahmen zur Beförderung französischer, englischer und amerikanischer Verstärkungen für Oberstleichen zu ergreifen. Sobald würde der Oberste Rat in seiner ersten Sitzung die Frage der Verstärkungen erörtern; und erst nach Abschluß dieser Frage würde man an die eigentlichen sachlichen Besprechungen über die Teilung Oberstleichen herangehen. Dieses Verfahren ist ansehnend auf beiden Seiten des Kanals angenommen worden.

England stimmt zu.

Die Kavabagatur teilt mit: Der englische Botschafter hat Sonnabend abend den Ministerpräsidenten Briand verhandelt, daß die britische Regierung sehr gern dem Vorschlag Briands zustimme und ihren Botschafter in Berlin beauftragen werde, sich seinen französischen und italienischen Kollegen anzuschließen, um einen gemeinsamen Schritt bei der deutschen Regierung zu unternehmen und dieser mitzuteilen, daß sie sich bereit halten, auf jede mögliche Weise den Transport der alliierten Truppen, die die Lage in Oberstleichen in jedem Augenblick erschweren könne, zu erleichtern. Lord Curzon schlägt den 8. August für den Zusammenritt des Obersten Rates vor, da sich der italienische Ministerpräsident nicht früher nach Paris begeben könne. Lord George würde den Sitzungen des Obersten Rates, die, falls der Wunsch der französischen Regierung dahingehende, in Paris stattfinden werden, beiwohnen. Der Ton der englischen Antwort sei sehr herzlich, und der britische Botschafter habe seine lebhafteste Bemerkung darüber ausgedrückt, daß sich die Verhandlungen der letzten Tage klären.

Die Weisungen an den französischen Botschafter.

Die Kavabagatur teilt mit, hat Ministerpräsident Briand nach Sonnabend abend dem französischen Botschafter in Berlin Weisungen gegeben und ihn aufgefordert, sich mit seinen englischen und italienischen Kollegen über einen gemeinsamen Schritt bei der deutschen Regierung zu verständigen, um ihr mitzuteilen, daß sie auf jede Weise die Beförderung alliierter Truppen durch Deutschland zu erleichtern möchte, deren Entsendung die Lage in Oberstleichen jeden Augenblick erschweren könnte. Es sei wahrscheinlich, daß dieser gemeinsame Schritt nicht vor dem Zusammenritt der Verbündeten erfolgen würde.

Die englisch-französische Verständigung.

Die Kavabagatur teilt mit, hat in der Laufe des Sonnabend abend der englische Botschafter in Paris amtlich die Annahme des Kompromisses durch seine Regierung bekannt, daß einen gemeinsamen Schritt in Berlin zur Regelung des Truppentransportes nach Oberstleichen und Regelung der Frage der Verstärkungen durch den Obersten Rat betrifft. Noch gestern abend hatte der englische Botschafter in Berlin Anweisung erhalten, sich dem bereits erfolgten Schritte des französischen Botschafters anzuschließen. Die französische öffentliche Meinung werde diese erste Verständigung über das einflussreichste Verfahren als Anhalt für freundschaftlichen Umgang dieser Frage von Grund aus ansehen. Der Oberste Rat werde am 8. 8. in Paris zusammenkommen, da der italienische Ministerpräsident nicht früher abkommen könne. Lord George werde der Sitzung persönlich beiwohnen; Belgien werde eingeladen werden und Amerika werde einen Vertreter an den Verhandlungen teilnehmen lassen. Die Konferenz werde in erster Linie die Frage der Verstärkungen zu entscheidenden Besprechungen, sowie die Teilung des Abkommensgebietes zu erörtern haben. Die Kriegsverhältnissefrage werde sehr wahrscheinlich auch geprüft werden. Die Frage der Reparationen werde in ihrer Gesamtheit wahrscheinlich nicht ins Auge gefaßt werden, da die alliierten Finanzminister gleich nach der Konferenz gewisse technische Fragen zu regeln hätten, wie die Verteilung der Bereich von Deutschland gebliebenen Eisenbahnanlagen, der Besatzungsstellen usw. Ein Hauptpunkt, die Aufrechterhaltung der von den Verbündeten beschlossenen Besatzung von Baden,

ort, Duisburg und Düsseldorf, die Joststrassen am Rhein und die Ausbaurarbeiten werde bestimmt angeschaut werden, doch gebe die allgemeine Meinung dahin, daß Entschlüsse darüber der Garantiekommission überlassen werden sollen, die die Ausführung der deutschen Verpflichtungen zu überwachen hat.

Die Pariser Presse über die Verständigung.

Die Pariser Morgenpresse spricht sich mit Befriedigung über das Kompromiß aus, das zwischen England und Frankreich abgeschlossen wurde, nimmt es aber mit Zurückhaltung auf. „Le Petit Parisien“ schreibt, alle Welt wünsche mit Lord George, daß dieses Kompromiß der Vorboten eines noch vollkommeneren Einverständnisses sei. Es handle sich jetzt darum, den schwierigen Übergang zum Obersten Rat zu vollziehen. Man könne fast sagen, das Geschick hätte den französischen politischen Geist auf die Probe stellen wollen, indem es dieses Mal die letzten und heikelsten Friedensprobleme aufgeworfen habe. Gemäß dem Versäglich Friedensvertrag handle es sich heute darum, nicht diese oder jene wirtschaftliche oder strategische Theorie in Betracht zu ziehen, sondern auf der Parte das zu beachten, was als der Wille der obersteleischen Bevölkerung durch die Volksabstimmung zum Ausdruck gekommen sei. Gewiß müßten die geographischen Erwägungen eine Rolle spielen, aber nur eine untergeordnete. Wenn man sich entschließen an diese Wahrheit halte, sei es wahrscheinlich, daß die Verständigung auf einer Grundlage ähnlich der, die Graf Forza vorgeschlagen habe, schnell erzielt werde. „Matin“ führt aus, das Sprichwort sage Ende gut, alles gut. Für den gegenwärtigen Fall sei dieses Wort nicht zutreffend. Von den bitteren Auseinandersetzungen werde immer etwas übrig bleiben, was die Erörterung beeinflusse. Die Lösung der Streitfrage über die Verstärkung der Truppen habe sich rascher vollzogen, als man hätte annehmen können. — In „L'Echo de Paris“ schreibt Vertinay, man könne nur sagen, daß man die Falsche gerettet habe, denn die Frage bleibe bestehen, welche Kontingente nach Oberstleichen geschickt und wann sie dorthin abgehen werden. Nach seiner Ansicht wird der Oberste Rat nicht nur das obersteleische Problem in seiner Gesamtheit erörtern, sondern viel allgemeiner die Haltung festlegen, die Deutschland gegenüber einzunehmen sei. In ihrer Note vom 29. Juli hätten die englischen Minister an die Verhandlungen erinnert, die von Millerand Lord Derby am 9. April 1920 gegeben und am 11. April schriftlich wiederholt worden seien. Frankreich habe zum Ausdruck bringen wollen, daß an dem Tage, an dem es eine unabhängige Handlung für notwendig halte, es gleichzeitig auch mit dem Verschwinden des Bündnisses rechne. An diesem Gedanken will Vertinay festhalten, trotz der, wie er sagt, von Zeit zu Zeit von Briand geäußerten Äußerungen über die Politik der Allianzen. Man werde alles mögliche tun, um die während des Krieges entstandene engere Verbindung zu retten, aber man werde die größten nationalen Interessen für nicht opfern. — Die letzte Auseinandersetzung habe in gewisser Beziehung gezeigt, daß man gezwungen sein könne, seine Lust nach freier Entschlüsse zu nehmen. Der Augenblick sei gekommen, um die Opfer klar zu umschreiben, die man für die gemeinsame Sache vom französischen Entgegenkommen nicht erlangen könne. Vertinay vertritt den Standpunkt, daß man seit dem Waffenstillstand sich mit den Engländern niemals ausgebrochen habe, daß man von der Hand in den Mund gelebt und sich darauf beschränkt habe, die gerade auf der Tagesordnung stehende Erörterung nicht zu vermeiden. Am besten werde man die Beziehungen zwischen Briand und Lord George charakterisieren, wenn man sie als gegenseitige Geheimnistuerei (cachotteries mutuelles) bezeichne.

Das „Journal des Debats“ behandelt die englisch-französische Verhandlungen und sagt, wenn der Oberste Rat verammelt sei, dann werde sich ein noch unangenehmerer neuer Konflikt herausbilden. Damit er sich nicht verschlimmere und damit man in der Lage sei, eine gerechte Lösung zu finden, sei es notwendig, die Schwierigkeiten jetzt ins Auge zu fassen. Die britische Regierung wolle Deutschland fast ganz Oberstleichen überlassen, nur die Kreise Koblenz und Pflz sollen polnische Gebiete werden. Wenn die Engländer Deutschland das gesamte Industriegebiet zusprechen wollten, zeigten sie sich ungerecht gegen Polen. Frankreichs Verbündeter müsse sich Rechenschaft ablegen, daß Frankreich aus diesem Grunde nicht nachgeben könne. Ueber diese Frage drohe der gefährliche Konflikt.

Eine Rede Lord Georges.

Bei der Enthüllung eines Kriegerdenkmals in Thame hielt Lord George eine Rede, in der er sagte, er glaube, daß Frankreich und Großbritannien auf dem besten Wege zur Verständigung seien. Die Schwierigkeiten seien beseitigt worden. Wir erkannten, fuhr Lord George fort, die größeren Opfer völlig an, die Frankreich einen Anspruch darauf geben, daß seine direkteren Interessen in einigen dieser Fragen Berücksichtigung finden. Das britische Reich habe nur das eine Interesse, daß der so teuer erkaufte Friede ein wirklicher und sofortiger Friede werde. Wenn es so schien, als ob Großbritannien in den europäischen Fragen immer hemme, immer zur Geduld rief und immer auf Abkühlung dränge, so geschähe es, weil dieser fürchterliche Krieg und den Wert des Friedens gelebt hat. Seien wir darauf bedacht, unseren Kindern nicht das Vermächtnis eines konzentrierten Hasses zu hinterlassen, der eines Tages ausbrechen kann. Aus diesem Grunde wird die ganze Nacht des britischen Reiches, die im August 1914 in den Krieg geworfen wurde, heute in die Waagschale des Friedens geworfen.

General Peroud in Paris.

General Peroud ist Sonnabend nachmittag in Paris eingetroffen. Wie der „Temps“ aus Lappein berichtet, ist Sir Harold Stuart nach London und der italienische Oberst Visconti nach Rom abgereist.

Eine Kundgebung gegen den Krieg.

Unter dem Sloganswort „Nie wieder Krieg“ wurde gestern im Berliner Lustgarten eine große Kundgebung der Mehrheitssozialisten, der Unabhängigen, der Gewerkschaftskommission des Friedensbundes, der Kriegsteilnehmer, der Deutschen Friedensgesellschaft, der Deutschen Liga für Völkerbund, des Reichsbundes der Kriegsteilnehmer und weiterer 18 Organisationen veranstaltet. Etwa 30 Redner sprachen gegen den Revanchegedanken und für eine friedliche Außenpolitik, für einen neuen Geist der Jugendverbände und für die Sicherung der republikanischen Staatsform. Alle Redner hoben hervor, daß der Krieg weitergehe, so in Polen und in der Türkei. Immer noch schwebten zahlreiche Kameraden in der Gefangenschaft, bei Siegen und Besiegten sei der wirtschaftliche Druck ungeheuer. Ungeheuer seien auch die Menschenopfer und die finanziellen Verluste. Der Kriegsgedanke müsse allgemein bekämpft werden. Das wichtigste sei die Propaganda für die Verweigerung des Kriegsdienstes, der Munitionsherstellung und der Waffentransporte. Die Redner fanden lebhaften Beifall. Mehrhundert Friedenskundgebungen sind an etwa 300 deutschen Orten sowie in England, Frankreich und Amerika veranstaltet worden.

Unter dem Motto: „Nie wieder einen Krieg“ fand auch in Dresden auf dem Schloßplatz eine mächtige Kundgebung gegen eine Wiederholung des Völkermordes statt. Sechs Redner sprachen und verlasen am Schluß ihrer Ausführungen eine entsprechende Entschlüsse, die einstimmig angenommen wurde.

In Dresden hatten die beiden sozialistischen Parteien, die Dresdener freien Gewerkschaften und die Arbeiterjugend die Mitglieder und Anhänger zu einer Massenkundgebung nach dem Theaterplatz geladen. Etwa 4—5000 Personen hatten sich eingefunden. Von dem König-Johann-Denkmal herab, das die Arbeiterjugend mit ihren roten Fahnen erhellert hatte, sprachen zu gleicher Zeit Ministerpräsident Bud und Winkler von der S.P.D., sowie Wetzel und Rente als Vertreter der U.S.V.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Eine amtliche Richtigerklärung zu den Stettiner Vorgängen. Amtlich wird aus Berlin gemeldet: Die in der Presse über den Zusammenstoß zwischen Reichsmehr und Schupo in Stettin verbreiteten, teilweise ungeheuerlichen Nachrichten geben dem Reichswehr-Ministerium und dem Preussischen Ministerium des Innern Veranlassung zu folgender Richtigerklärung: 1. Der Anlaß der bedauerlichen Vorgänge beruht auf der Feststellung. Diese wird durch die ordentlichen Gerichte erfolgen. Es wird insbesondere noch festgestellt werden müssen, ob, wie anfangs als feststehend gemeldet wurde, ein „Angriff“ von Soldaten vorliegt und wer geschossen hat. 2. Schon jetzt kann gesagt werden, daß politische Motive oder die Kameradschaft bei dem Zusammenstoß keine Rolle gespielt haben. 3. Wie immer in solchen Fällen hat Janhagel sich eingefunden und gegen die Polizeibeamten Stellung genommen, doch ist ein Zusammenstoß zwischen Militärpersonen und Janhagel in keiner Weise festzustellen. 4. Es steht einwandfrei fest, daß Offiziere an dem Vorfall in keiner Weise beteiligt sind. 5. Der Vorfall wird den beteiligten Behörden Anlaß geben, ein ähnlich gutes Verhältnis und gegenseitige Unterstützung von Schupo und Polizeiangehörigen wie sonst im Reich auch in Stettin anzubahnen.

Der demokratische Abgeordnete Erkelenz in Düsseldorf von den Franzosen verhaftet. Am Sonnabend morgen erschienen in der Wohnung des Reichstagsabgeordneten Erkelenz (Demokrat) in Düsseldorf drei französische Geheimpolitiker und erklärten ihn für verhaftet. Er wurde vor die französische Besatzungsbehörde gebracht, wo ihm der Stellvertreter erklärte, er habe den Auftrag, ihn wegen seiner Anfang Juli im Berliner Tageblatt und in der Grenzlandkorrespondenz erschienenen Artikel zu bestrafen. Die Bezeichnung erkundete sich u. a. auf die Mitteilung, daß die Besatzung, die Arbeitslosigkeit am Rhein sei infolge der Sanktionen entstanden, falsch sei, was sich schon daraus ergebe, daß in allen Staaten Arbeitslosigkeit herrsche. Auch andere Angaben Erkelenz' wurden als nicht zutreffend dargestellt. 6. B. behauptet, die Besatzungsstruppen hätten keine 400 Wohnungen in Düsseldorf benötigt. Dinstaglich der erfolgten 83 Ausweisungen wurde mitgeteilt, daß nur 19 davon auf politische Gründe zurückzuführen, die anderen aber im Interesse der Besatzungsbehörden aus hygienischen Gründen erfolgt seien. Der Kommissar bekräftigt auch, daß überhaupt eine Verhaftung des Abgeordneten festgefunden habe, er sei lediglich gebeten worden zu erscheinen. Durch Gegenüberstellung mit dem Führer der Geheimpolitiker wurde festgestellt, daß dieser die Verhaftung ausdrücklich ausgeprochen hat. Schließlich wurde der Abgeordnete entlassen, nachdem der Kommissar erklärt hatte, es handle sich um einen jungen Beamten.

Polizeiliche Untersuchungen bei Sportkongressen. Aus Berlin wird gemeldet: Die polizeilichen Untersuchungen, die Freitag auf Anordnung des Finanzamtes in den Geschäftsräumen mehrerer neu gegründeter Sportkongresse und Wettkongresse stattfanden, führten zur Beschlagnahme von Büchern, Schriftstücken und Geldsummen, die sich auf etwa